

Danziger Zeitung.

No 7733.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 S. Auswärts 1 R 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, H. Kretzmer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Port und H. Engler; in Hamburg: Hagenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Amsterdam, 1. Febr. Nachmittags. Hamburg, 3. Febr. Einem Telegramm der „Börse“ zufolge haben sich vorgestern Nacht und gestern viele Schiffsunglücksfälle an der ganzen britischen Küste zugetragen. Bei Falmouth scheiterte der Dampfer „Glan Alpine“, bei Torquay lassen angetriebene Schiffsstrümmer auf die Größe des Unglücks schließen. Viele Küstenfahrzeuge sind beschädigt worden.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 2. Februar. Nach einer dem „Reuter'schen Bureau“ zugegangenen Mitteilung aus Athen vom 30. v. M. hat der dortige italienische Gesandte seine Beziehungen zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten anlässlich einiger von ihm als unangemessen erachteten Äußerungen in einem Brief des Ministers über die Laurionangelegenheit, abgebrochen.

Rom, 2. Februar. „Vocce della verità“ veröffentlicht einen an den Ministerpräsidenten Lanza gerichteten Protest der fremden Collegien in Rom gegen die Befignahme des römischen Collegs, in welchem behauptet wird, daß das Colleg ein internationales sei. Eine Abschrift des Protestes wurde an die fremden Gesandten und an die Bischöfe der betreffenden Nationen gesandt.

Bukarest, 2. Februar. Der Finanzminister Madroeni hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf betreffend die von rumänischen Großgrundbesitzern beabsichtigte Gründung eines nationalen Bodencreditinstituts vorgelegt und dabei die Erklärung abgegeben, daß die von auswärtigen Finanznotabilitäten ausgehenden concurrenden Projecte der Kammer nur als Material zur Information mitgeteilt würden. Von der Kammer wurden diese Eröffnungen mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Die Reform der Klassensteuer.

Berlin, 2. Februar.

Nach langen überaus schwierigen Verhandlungen kann die Reform, falls nicht der Minister des Innern noch Schwierigkeiten macht, als gesichert angesehen werden. Mit dem Finanzminister wurde gestern bei der zweiten Sitzung in der Commission volles Einverständnis erzielt, und zwar in einer Weise, welche die Annahme des Gesetzes im Hauptstadium, welche gestern zu Stande kam, betraf. Die Formulierung der Contingentierung. Der Minister wollte in die Contingentierung alle Ausfälle gegen das Veranlagungssoll einbezogen wissen. Ein Theil der Nationalliberalen war bereit hierin nachzugeben. Von fortschrittlicher Seite wurde gegen eine Deduktion der Abgänge, namentlich so weit dieselben durch Krieg und Nothstände veranlaßt würden, lebhaft Widerspruch erhoben. Der Ausgleich wurde dahin getroffen, daß der Minister nur die Deduktion gegen Ausfälle, welche durch Reclamationen und Recurse entstehen, zugestanden wurde. Diese Bestimmung hat den Vortheil, daß die Regierung für die Behandlung der letzteren finanziell portofrei hingestellt wird. — Der Minister verlangte ferner, daß im Falle die Normalsumme bei der Veranlagung nicht erreicht wird, die Erhebung eines entsprechenden Zuschlages obligatorisch sein soll. Die früheren Beschlüsse hatten diese Erhebung nur in das Belieben der Röhre gestellt. Die Commission gab hierin nach, nachdem die Normalsumme vorher um 400,000 R. ermäßigt worden, der Steuererlös also von 2 1/2 auf 3 Millionen ausgedehnt worden war. Von unwesentlichem Detail abgesehen lautet der Contingentierungsparagraph also wie folgt: Der Jahresbetrag wird auf 11 Millionen festgestellt. Wird der Normalbetrag durch den aus der Veranlagung sich ergebenden Jahresbetrag der Soll-Einnahme überstiegen oder nicht

erreicht, so findet eine Herabsetzung beziehungsweise Erhöhung der letzteren bis auf den Normalbetrag statt. Der Finanzminister veröffentlicht alljährlich bis zum 15. Februar durch die Gesetzsammlung das Ergebnis der Veranlagung und macht zugleich bekannt, wie viel Silbergrößen auf jeden Thaler der veranlagten Jahressteuer weniger oder mehr zu entrichten sind, um den Normalbetrag zu erreichen. — Durch Reclamationen und Recurse entstehende Ausfälle werden im nächstfolgenden Jahre ausgeglichen. — Es muß hierbei bemerkt werden, daß das Veranlagungssoll aus der Klassensteuer pro 1873 14 Millionen beträgt und daß die Regierung durch die Contingentierung auf 11 Millionen außer auf 3 Millionen auch auf den natürlichen Zuwachs im Fortlauf der Jahre verzichtet. Freilich behält sie denjenigen Zuwachs, welche durch den Uebertritt der Klassensteuerpflichtigen (unter 1000 R. Einkommen) in die Reihe der Einkommensteuerpflichtigen (über 1000 R.) entsteht. Eine Contingentierung auch des Einkommenssteuerertrages scheiterte an dem verschiedenen Widerspruch der Regierung. — Abgesehen von der Contingentierung wird sich die Klassensteuer künftig nur dem Namen nach von der Einkommenssteuer unterscheiden. Auch für die Klassensteuerpflichtigen ist das Einkommen fernerhin maßgebend. Dagegen sollen freilich eine große Zahl von Kindern, die Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehörigen, Krankheit, Verschuldung und außergewöhnliche Unglücksfälle eine mildere Einschätzung rechtfertigen können. Diese mildernden Umstände sollen aber nach den Vorschlägen der Commission fernerhin auch bei den 3 untersten Stufen der klassifizierten Einkommensteuer (bis 1600 R. Einkommen) Berücksichtigung erhalten. — Nach den Commissionsschlußfolgerungen fernerhin auch für die Ermittlung des Einkommens dieselben Grundsätze bei der Klassensteuer, welche bisher für die klassifizierte Einkommensteuer bestanden. Außerdem erhalten die Steuerpflichtigen bei der Art künftig eine gemeinsame Bezirkscommission für Reclamationen. Unterschiede gelten nur insofern noch, als für die Klassensteuerpflichtigen der Finanzminister oberste Recursinstanz bleibt, was bei der Contingentierung unbedenklich ist, wegen für Einkommenssteuerpflichtige die Bezirkscommission endgültig entscheidet. Die Errichtung einer Centralcommission wurde in der Commission einstimmig abgelehnt. — Hatte die Regierung eine Contingentierung auch der klassifizierten Einkommensteuer zugestanden, so würden auch diese Unterschiede beseitigt worden sein. — Hinsichtlich der Veranlagung bleiben für die Klassensteuer und Einkommenssteuer die bestehenden Organe bestehen, da die große Zahl der Klassensteuerpflichtigen nicht ermöglicht in derselben Weise die Veranlagung zu bewerkstelligen. — Abgesehen von der Berücksichtigung mildernder Umstände in den untersten drei Stufen wird an der klassifizierten Einkommensteuer nur insofern etwas geändert, als die Zahl der Stufen nach oben vermehrt und die Steuerfreiheit der den Betrag von 240,000 R. übersteigenden Einkommensbeträge aufgehoben wird. — So nützlich hiernach die ganze Reform in ihrer gegenwärtigen Gestalt ist, so kann sie doch wie gesagt noch an dem Minister des Innern scheitern. In den westlichen Provinzen und in den Städten der östlichen Provinzen für Nicht-Hausbesitzer das Communalwahlrecht von der Errichtung eines bestimmten Klassensteuervertrags abhängig. Die Ermäßigung der Klassensteuer und die Veränderung der Scala muß hier einen großen Theil der Bürger das Wahlrecht entziehen, wenn nicht in dem Steuergesetz selbst entsprechend Vorsorge getroffen wird. Dem widerspricht aber gestern Geh. Rath Ribbeck, indem er auf künftige Communalgesetz verweist. Wie Abg. Dunder hervorhob, hat dieser conservativere Regierung-Commissar schon einmal durch seinen absoluten Widerspruch im vorigen

Jahre das Wahl- und Schlachtsteuergesetz zu Fall gebracht. Minister Camphausen lenkte darauf gestern ein, erkannte an, daß der Bestzustand in communalem Wahlrecht gewahrt bleiben müsse und versprach demgemäß Verhandlungen mit dem Minister Eulenburg.

Danzig, den 3. Februar.

Das Abgeordnetenhaus befaßt sich, die kirchlich-politischen Vorlagen so schnell, als es eine gewissenhafte Prüfung gestattet, zu erledigen. Wie verlautet, wird das Herrenhaus, wenn es nach den seitherigen stimmführenden Personen geht, sich um so weniger beeilen, als den Vorlagen Gesetze werden zu lassen. Die Herren wollen davon nicht abgehen, die Vorlagen, welche aus dem Abgeordnetenhaus zu ihnen gelangen, einer Commission überweisen, und am liebsten wäre es wohl der Mehrzahl von ihnen, sie dort für diese Session zu begraben, denn offenkundig Widerstand möchten die Herren nicht dem noch in den letzten Tagen ausgesprochenen Willen des Monarchen entgegenstellen, sondern nach den bei der Kreisordnung gemachten Erfahrungen, und zustimmen wollen die zum größten Theile orthodoxen Herren auch nicht gerne. Da wäre es nach ihrer Meinung doch am besten, es zu versuchen, ob die Sache nicht zu verschleppen geht. Gelingt dies auch nur vorläufig bis zum nächsten Winter, so ist nach ihrer Auffassung schon viel gewonnen; denn wer weiß, wie dann schon wieder der Wind steht. Diese Absicht wird aber schwerlich gelingen, denn der Regierung näherstehende Organe theilen mit, daß der Schluss über auch nur die Veranlagung des Landtages in keinem Falle früher stattfinden wird, als bis das Schicksal der Vorlagen entschieden ist.

Die vom Fürsten Bismarck angedeuteten Umgestaltungen, welche die Reichseinrichtungen erfassen sollen, sollen damit eingeleitet werden, daß der zweite Chef des Kriegsministeriums die Stellung eines „Staatssekretärs des Krieges“ erhalten wird, auch soll in dem Nachtragsetat des Reichs für 1873 für den „Staatssekretär des auswärtigen Amtes“ das Ministergehalt von 12,000 Thalern in Vorschlag gebracht werden. Für die Oberaufsicht über das Eisenbahnwesen von Reichswegen wird gleichfalls eine besondere Reichsbehörde in Aussicht gestellt. Die „Reichsregierung“ mit ihren verschiedenen Aemtern keinen rechten Glauben schenken, weil eine Action in diesem Sinne darauf hinauslaufen würde, Preußen zu Gunsten des Reichs zu weakifizieren, das preussische Ministerium zu einer bloßen Verwaltungsbehörde und den Landtag der preussischen Monarchie auf das Niveau eines Provinziallandtages herabzudrücken.

Viel wird noch immer über die Besetzung der vacanten Oberpräsidentenstellen herumgestritten, zu denen jetzt auch noch die von Pommern hinzutreten soll, dessen gegenwärtiger Oberpräsident v. Münchhausen eine ansehnliche Verwendung finden soll. Für Sachsen ist nach dem „D. W.“ Herr v. Seydewitz, für Schlesien Graf Eulenburg, gegenwärtig Bezirkspräsident von Posen, in Aussicht genommen. Die Ernennung des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. D., Herrn v. Nordenskiöld, zum Oberpräsidenten der Provinz Posen, welche in erster Linie in Aussicht genommen war, hat, wie es heißt, die Zustimmung des Königs nicht erhalten.

In Württemberg hat sich Herr v. Mittnacht im Abgeordnetenhaus jetzt noch entschieden, als bei der ersten Anregung, für ein einheitliches deutsches Civilrecht auszusprechen, so daß der Abg. Desterlen, welcher der nationalen Sache schaden wollte, derselben durch seine Interpellation erheblich genutzt hat, dafür auch selbst von seinen Gefinnungsgenossen schon weiblich verspottet wird. Auch in Bayern beginnt die Agitation für die deutsche Reichseinheit bereits stärker hervorzutreten.

In Oesterreich verläuft jetzt die „N. fr. Pr.“ der baldigen Sieg der Verfassungspartei. „Die Wahlför m ist gesichert, und an der baldigen Einbringung der Gesetzbörse im Abgeordnetenhaus ist nicht zu zweifeln.“ So verläuft sie mit gesicherten Lettern. Wir würden diesen zwar nicht großen, aber schwer erkämpften Erfolg der Verfassungspartei gerne wünschen, haben aber leider schon zu oft ähnliche Prophezeiungen in den Organen der Partei gelesen, ohne daß ihnen die gewünschte schließliche Erfüllung gefolgt wäre. So muß das Hauptorgan der Partei auch jetzt hinzufügen: „Der Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzentwurfs läßt sich zur Stunde noch nicht genau fixiren.“ Andere österreichische Blätter wollen wissen, die Vorlage werde schon morgen „ganz bestimmt“ erfolgen. Daß die Chancen der deutschen Partei jetzt wesentlich besser stehen, als noch vor wenigen Wochen, könnte man daraus folgern, daß die Czechen und Slovenen ziemlich kleinlaut geworden sind.

In der Schweiz nimmt der Baseler Kirchenstreit immer größere Dimensionen an. Von den sieben zu dem Baseler Bisthum gehörenden Cantone wollen fünf die beiden ultramontanen Cantone Luzern und Zug ausschließen und allein ein Bisthum bilden. Ginge es nach der Bevölkerung jener Cantone und nach den Ständen, so würden sie den altkatholischen Pfarrer und Professor Herzog von Luzern, jetzt in Eresfeld, zum Bischof wählen, da aber statutenmäßig das Domcapitel zu wählen hat, so kann man dies nicht erreichen. Das Capitel hat aber eine den Regierungen genehme Persönlichkeit zu wählen, und als solche sind ihm Geistliche von gemäßigter Gesinnung bezeichnet worden. Domprobst Fiala und Domherr Dietrich in Solothurn und Domherr Schürich in Luzern. Sollte das Domcapitel darauf nicht eingehen, so wird man sich wohl auch ohne Bischof zu behelfen wissen, was der Canton Tessin schon 15 Jahre that.

In Frankreich sind die Verhandlungen der Dreikaiser-Commission für einen Augenblick um die Ehre gekommen, das Hauptthema der französischen Presse zu sein. Die erregte Debatte der Nationalversammlung vom Donnerstag hat die Aufmerksamkeit von ihnen abgelenkt. In der prächtigsten Sprache, welche je die französische Tribüne hörte — um mit der „Revue“ zu reden — hat er es geschafft, mel-Lacour, der Präfekt Lyons während der Regierung des 4. September, die Ehre der republikanischen Administration und der elbschloßbringenden Regionen gegen die Anschuldigungen der Royalisten vertheidigt und den Unfand gebrandmarkt, mit welchem die clericalen Garibaldi's Bundesgenossen sich hielten. — Während die Dreikaiser lange Wochen darüber Reden halten, wie das Ei des Columbus auf die Spitze zu stellen sei, fängt die republikanische Partei an, sich in der Rolle des müßigen Zuschauers zu langweilen und schickt sich an zur Action überzugehen. Da die Commissionen unterwerfen einen Gegenentwurf nicht anarbeitet, wird Jules Favre einen solchen entwerfen und auf die Tribüne bringen. Wie sehr sich die dreikaiser Gesetzgeber überlebt haben, zeigt eine scharfe Kritik, welche John Lemoine in dem „Journal des Debates“ an ihnen übt. „Nicht einmal der Curia hat halber, schreibt er, sondern lediglich, weil wir müssen, beschäftigen wir uns mit den Discussionen der Dreikaiser-Commission. Das Publikum beschäftigt sich nicht mit ihnen, das Land kennt sie nicht. Wenn alle diese berebten, discreten, gebildeten, geschäftsmäßigen, in der Form ebenso glatten und maßvollen als in ihrem Wesen gehässigen und giftigen Persönlichkeiten sich einen Begriff davon machen könnten, in welchen Abgrund der Vergeßlichkeit, in welchen Ocean der Theilnahmlosigkeit ihre von langer Hand vorbereiteten Manöverchen, ihre sorgfältig bedachten rhetorischen Essays gefallen sind, sie würden ihrer undankbaren Aufgabe Balet sagen

Stadt-Theater.

*** Hr. Otto Lefffeld schloß gestern sein Gastspiel mit „Narziss“. Brachvogel verband den Erfolg, den sein Stück noch immer hat, dem geschickten Arrangement feinsinniger Effecte. Eine tiefere Wirkung, eine innere Befriedigung kann das Stück nicht gewähren. Dazu fehlt ihm Klarheit der Handlung und Bestimmtheit und Consequenz in den Characteren. Der Sturz der Pompadour, auf welchen die Intrigue des Stückes hinausläuft, führt zum Siege Choiseul's, der uns hieran nichts schlimmer, als jene gezeichnet ist. Während uns freilich auch von seinen Feinden berichtet wird, daß er der einzige Mann sei, um Frankreich in diesem Augenblicke zu regieren, zeigt ihn uns der Dichter, wie er, gleichnerisch zärtliche Ergebenheit heuchelnd, den merklich raffinierten Mordmord an seiner Gännerin ausübt. Unklar ist auch der Hauptcharacter des Narziss. Das Motiv seiner Verurteilung ist zu klein, um uns dieselbe zu erklären. Wenn ihn die Treulosigkeit seiner Frau so heruntergebracht hat, ist er, trotz aller Genialität, ein Schwächling. Als solchen führt ihn der Dichter ein, um ihn dann plötzlich und ganz unwiderristlich zu einem enthuhiatischen Patrioten zu machen, der der Pompadour war, was sie ihm, nicht aber, was sie dem Vaterlande angethan, vergehen kann. Unklar und zweideutig bleibt auch der Character der Duinault, trotz alles Edelstunnes, mit welcher Brachvogel denselben auszuwickeln bemüht ist.

Wenn hier das Meiste nicht aus innern Gründen der dramatischen Entwicklung, sondern aus den Berechnungen auf den Effect von dem Dichter gegeben ist, so hat der Darsteller die Aufgabe, diese Fragmente erst zu einem Gesamtbilde zu vereinigen und durch einheitliche, innere Motivierung wahrscheinlich

zu machen. Das versteht nun Hr. Lefffeld vortrefflich und erhebt auch diese Leistung zu einem bewundernswürdigen künstlerischen Gebilde. Seine Darstellung des Narziss ist frei von aller Effecthascherei des Virtuositenthums. Er vermeidet die Kollafecte, welche die Rolle selbst herausfordert, und giebt überall der Naturwahrheit den Vorzug. So weiß er uns für diese Hamletcopie umgibt mehr zu interessieren, als es der Dichter kann. Vorzüglich und scharf characterist ist die äußere Maske, tief einschneidend der Sarkasmus in den tiefstinnigen Reflexionen des verrückten Genies und mächtig ergreifend der Durchbruch des Gefühls und der ursprünglichen Kraft, so im 4. Act, wie in der Schlussscene des 5. Fortsetzung des Gastspiels zeigten von der großen Wirkung der Darstellung auf das Publikum.

Die Pompadour des Fräulein Melidorff war eine sehr anerkennenswerthe Leistung, die von ebenso verständiger Characterauffassung, wie von Talent der Darstellung zeugte. Fräulein Eppner (Duinault) gelang die Darlegung des natürlichen Gefühls namentlich in der großen Scene mit Narziss recht gut; im ersten Acte sprach sie viel zu pointirt für den darzustellenden Character. Hr. Resemann erlebte sich der schwierigen Partie des Choiseul mit aller Sorgfalt und gutem Erfolge. Auch in den übrigen, nicht bedeutenden Partien, war nicht zu verkennen, daß man sich um das Gelingen der Vorstellung bemühte.

London, 31. Jan. [Der Nord in der Gr. Coram-Street.] Der vorgestern Vernehmung der Belastungszeugen folgte gestern die der Entlastungszeugen. Zunächst ergriff der Rechtsbeistand Dr. H. Ellis, Mr. Straight, das Wort. Er hob zuerst die aus den

äußeren Umständen, welche der Mordthat vorangingen, so wie aus der Brutalität, mit welcher die tödtlichen Wunden beigebracht worden, hervorgehende höchste Unwahrscheinlichkeit hervor, daß ein Mann von der hohen Bildung, den Antecedenten und der Stellung des Angeklagten die That vollbracht haben sollte. Geboren in Bremen, habe er sich früh an Gymnasium und Universität ausgezeichnet, den philosophischen Doctorgrad erworben und vor einigen Jahren einen Ruf als Privatdozent nach Danzig erhalten, wo er, nachdem er sich inzwischen verheiratet, bis gegen Ende des vorigen Jahres verbleibe sei. Dort sei er viel mit Seefahrern in Berührung gekommen und habe die Aufforderung angenommen, eine Auswanderergesellschaft nach Brasilien zu begleiten, um auf 6 Jahre einer neuen deutsch-evangelischen Gemeinde in Brasilien vorzustehen. Das Schiff „Wangerland“, auf welchem die Reise gemacht werden sollte, gerieth auf die Goodwin-Sandbank und mußte der Ausbesserung halber in Ramsgate liegen bleiben. Mr. Straight verbreitet sich darauf über das Zeugnis der Belastungszeugen. Einige derselben, die Dr. Hessel wiedererkennen wollen, haben den zu recognoscirenden Mann nur bei dem schwachen Licht der Ombustlaternen, rasch in der Morgenämmerung auf der Straße gesehen. Der Ombusthändler Fied, der am bestimmeten Dr. H. recognoscire, mache den Eindruck der äußersten Unzuverlässigkeit. Welchen Werth das Zeugnis dieses Mannes habe, möge man daraus schließen, daß derselbe aus dem einen Worte „No“, welches er von dem würtlichen Belastungszeugen, gleich schloß, daß derselbe ein Deutscher sein müsse; kurz, der Fruchthändler Fied sei einer von den Leuten, die, um der Polizei sich öffentlich behelflich zu zeigen, vielleicht auch mit einem Seitenbilde auf die Belohnung von 200 L., die auf die Entdeckung des Mörders ausgesetzt sei, alles Mögliche auf ihren Eidehnehmen, was von ihnen verlangt werde. Der Vertheidiger bedauerte dann, daß englische Gesetz die Vernehmung der Frau des Angeklagten verbiete; denn diese würde sofort die lächerlichen Schlüsse, die man auf des Gebrauch von Terpent in (nämlich zur Beseitigung eines

durch Delantirich im Hotel entstandenen Fiedens in ihrem Kleide) und auf die blutbesudelten Taschentücher gebaut habe, in ihrer Haltlosigkeit dargestellt haben, abgesehen davon, daß sie während des Londoner Aufenthaltes stets mit ihrem Manne zusammengekommen sei. — Erster Zeuge ist heute der Chemiker Wohlbe, Passagier des „Wangerland“, der auf demselben Dr. H. kennen gelernt und mit diesem, dessen Frau und dem Auswanderungsagenten Gernes von Ramsgate nach London gekommen war. Er hat über diesen Aufenthalt kurze Aufzeichnungen in seiner Privatnote gemacht, die seine Aussagen in Betreff des Dr. H. bestätigen. Die Notizen über den 23. und 24. Debr. will er schwören, am 25. Debr. gemacht zu haben. Er constatirt, daß Dr. H. am 24. augenscheinlich an einem heftigen Katarrh gelitten, weshalb er ihm Chloral für die Nacht befohr. Zeuge ging an diesem Abend um 9 Uhr aus und kehrte um 1 Uhr heim. Er sah da die Stiefl des Dr. H. vor dessen Thür und hörte ihn im Zimmer husten. Am folgenden Tage sah er denselben noch unwohl im Bette. Zeuge hat ferner gesehen, daß Dr. Hessel bei der Rückkehr nach Ramsgate im Hotel ihr Kleid mit Delfarbe beidmunt, er selbst habe ihr Terpent in zur Beseitigung der Flecken empfohlen. Zeuge giebt ferner an, daß, als er verhaftet war und vor die Belastungszeugen zur Recognoscierung mit mehreren anderen Passagieren des „Wangerland“ gestellt wurde, Dr. Hessel freiwillig zu dieser Prozedur (bei welcher Dr. H. von zwei Zeugen verdächtigt und dann selbst verhaftet wurde) gekommen sei. — George Evers, der Hausknecht in Kroll's Hotel, erklärte, daß er den Gasthof die ganze betreffende Woche nicht verlassen habe und ganz bestimmt wisse, daß Herr Hessel vom Abend des 23. bis zum 26. December gar nicht ausgegangen sei. Am Abend des 24. December, um 11 Uhr, ging Zeuge an dem Zimmer des Angeklagten vorbei und sah das einzige Paar Stiefl, welches letzterer von Ramsgate nach London gebracht, vor der Thür stehen, auch hörte er ihn drinnen husten. Die Stiefl, die am andern Morgen um 6 Uhr noch da standen, waren vollkommen rein, während es in der

und in den Theil der Gesellschaft zurücktreten, welche man den großen Haufen nennt.“ Bei der Antipathie gegen das ganze Treiben der Dreißiger-Commission, wie sie sich immer offener äußert, ist kaum mehr anzunehmen, daß die streitigen Fragen von jemand Anderem erledigt werden, als von der Kammer oder der „ultima ratio“: dem Suffrage universel.

In England ist jetzt endlich Aussicht vorhanden, daß dem Elend, welches der große Strike in Süd-Wales anrichtet, ein Ende gemacht wird. Nach den letzten Beschlüssen der Arbeiter und den Äußerungen der Grubenbesitzer ist die Einigung auf Grund einer doppelten Schicht wahrscheinlich. — Der Staatssecretär des Innern hat den in Petitionen, Meetings u. s. w. sich kundgebenden Agitationen der Arbeiter nachgegeben und den Gasheizern zwei Drittel der Strafe, acht Monate, erlassen. — In Woolwich ist die Militärakademie zum großen Theile niedergebrannt. Der Schaden an den Gebäuden soll etwa 50,000 Pfund betragen.

Die „A. A.“ hat dieser Tage drei Denkschriften russischer Generale veröffentlicht, worin Programme zu einem Feldzuge nach Indien entworfen werden. Die Denkschriften stammen aus den Jahren 1854 und 1855, aus der Zeit des Krimkrieges und gehören also einer früheren Epoche an. Sie zeigen aber immerhin nicht nur, was Rußland damals ins Auge faßte, sondern sie sind auch insofern lehrreich, als sie Aufklärung darüber geben, daß bei dem inzwischen stattgehabten stetigen Vordringen der Russen in Centralasien die Gefahr für England bedeutend größer geworden ist. In London hat die Publication der Actenstücke daher auch ein leichtbegreifliches Interesse erregt.

Deutschland.

* Berlin, 2. Februar. In der Klassen- und Einkommensteuer-Commission fand gestern die zweite Lesung in Gegenwart des Finanzministers statt. Die Vorlage ist nach den Beschlüssen der ersten Lesung von einer Subcommission zusammenge stellt, Namens deren Abg. Richter referirte und einige getroffene redactionelle Aenderungen erläuterte. Der Finanzminister erklärte sich bereit, auf den Gedanken der Contingentirung einzugehen und denselben bei der Krone zu bekräftigen, will auch, wenn ihm ein feierlicher Klassensteuer-Ertrag garantirt wird, auf den erfahrungsmäßigen jährlichen Zuwachs an Klassensteuer verzichten, muß aber andererseits als selbstverständlich beanspruchen, daß falls der Normalbetrag nicht erreicht wird, das Fehlen ohne Weiteres im Wege des Zuschlages aufzubringen ist. Einer Bestimmung, nach welcher in diesem Falle dem Souverain die Berechtigung ertheilt wird, mittelst königlicher Verordnung die Erhebung eines Zuschlages zu verfügen, setzt er entschieden Widerspruch entgegen; durch eine solche Bestimmung werde die ganze Sache verschoben es sei unangemessen, den Landesherren in diese Frage hineinzuziehen. — Unter theilweiser Annahme der Abänderungsanträge von Richter und Richter wird schließlich der § 6 in folgender Fassung genehmigt: „Der Jahresbetrag der Klassensteuer wird auf 11,000,000 M. festgesetzt. Eine Abänderung dieses Normalbetrages kann nur durch Gesetz angeordnet werden. Wird der Normalbetrag der Klassensteuer durch den aus der Veranlagung sich ergebenden Reinertrag der Einkommen nicht erreicht, so findet eine Verabfolgung bez. Erhöhung bis auf den Normalbetrag statt. Der Finanzminister veröffentlicht alljährlich durch die Gesammmlung bis zum 15. Februar das Ergebnis der Veranlagung und macht zugleich bekannt, wie viel Silbergrößen auf jeden Thaler der veranlagten Jahressteuer weniger oder mehr zu entrichten sind, um den Normalbetrag zu erreichen.“ Dabei bleiben Beträge von 6 A und darunter außer Betracht, an Stelle höherer Pfennigbeträge tritt 1 S. Der durch die Abrundung der Pfennige oder durch die im Laufe des Jahres stattfindenden Reclamationen und Recurse entstehende Ueberschuß über den Normalbetrag, sowie der Ausfall an demselben wird im nächstfolgenden Jahre ausgeglichen. Auf Zugänge im Laufe des Veranlagungsjahres sind die berichtigten Steuersätze zur Anwendung zu bringen.“ Auch über den neuen § 7, welcher die Klassensteuerrufen regelt, erhob sich eine durch mehrere Amendements hervorgerufene längere Debatte. Es wurden aber die besonders in Frage stehenden drei unteren Stufen unter Ablehnung der Amendements wie in erster Lesung festgestellt, und die übrigen Stufen vor definitiver Beschlußfassung nochmals der Subcommission zur Erwägung überwiesen. Ferner beschloß man zum § 7, die zur Steuerermäßigung berechtigenden besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse zu specialisiren, und zwar dahin, eine große Zahl von Kindern, die Verpflich-

nacht stark regnete. Es waren Patentstiefel mit Gummizug. Bei der Verhaftung trug Dr. H. hohe Stiefel über den Beinkleidern. Solche Stiefel soll auch der Mann in Begleitung der Ermordeten getragen haben. Zeuge gibt ferner an, daß Dr. H. nur einen Anzug mitgebracht: schwarze Beinkleider, Weste, Rock und Ueberrock in grauer Farbe (der zu recognoscirende Mann soll dunkle Kleider angehabt haben). Endlich erkennt auch Zeuge den vorgelegten (Bilbycod)-Hut als den an, den Dr. Hessel in London getragen. — Christian Capolet, Kellner bei Kroll, bezeugt, daß er Hrn. Hessel, nachdem derselbe am Abend des 24. einige Stunden in den Privatzimmern beim Weinachtsbaum zugebracht, um 11 Uhr Thee auf sein Zimmer gebracht habe; Dr. Hessel befand sich im Bett; seine Frau war, noch völlig umgekleidet, neben demselben. Am folgenden Morgen um 8 Uhr trat Zeuge, durch das Läuten der Klingel gerufen, in das Zimmer ein und fand Hrn. Hessel noch im Bett; derselbe war augenscheinlich noch sehr unwohl. Die Thür des Hotels wird regelmäßig um 11 Uhr 10 Min. mit Schlüssel und Sperre verriegelt; so auch am Weihnachtsabend. Zeuge hat in dieser Nacht stets den Schlüssel bei sich gehabt und Niemand während der Nacht, außer Wohllebe, Hermes und später zwei neuen Hotelgästen eingelassen. — Ernst P. C. Kroll, der Gasthofbesitzer, bezeugt die auf die Hausordnung bezüglichen Aussagen der vorerwähnten Zeugen; hat am Abend des 24. die Klingel des Hessel'schen Zimmers um 11 Uhr läuten hören und den Kellner Christian hinaufgeschickt, welcher darauf zurückkam und Thee holte. — Nach dem Schluß der Zeugenvernehmung erklärt Hr. Poland (der Advokat der Krone), daß er keine weitere Bemerkung und keinen Einwand gegen die Glaubwürdigkeit der Entlassungszeugen zu machen habe, worauf der Richter Baughn das Urtheil sprach. Seine Erklärung, es bleibe ihm kein Zweifel übrig, daß der Angeklagte am Abend und in der Nacht vom 24. auf den 25. nicht in der Begleitung der Ermordeten gewesen sein könne, wurde von lautem Beifalle begrüßt. Die Zeugen, welche in Dr. Hessel den Begleiter der Er-

lung zur Unterhaltung armer Angehörigen, Krankheit, Verschuldung und außergewöhnlichen Unglücksfälle, welche die Leistungsfähigkeit sichtbar beeinträchtigen. (Von Berlin wird uns über dieselbe Sitzung noch Folgendes geschrieben: Die Erklärungen des Finanzministers, welche unzweifelhaft in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium abgegeben sind, lassen mit Sicherheit eine Zustimmung der Staatsregierung zu den gestern gefaßten Beschlüssen der Commission und damit auch eine Vereinbarung über das Reformgesetz erwarten. Der Ertrag der Klassensteuer pro 1874 und die folgenden Jahre ist von der Commission auf 11,000,000 M. festgesetzt. Pro 1873 beträgt das Soll der Klassensteuer ca. 13½ Million, pro 1874 würde es nach den Mittheilungen der Staatsregierung voraussichtlich 13,900,000 M. betragen. Die Bestimmung, daß den kommunalen Verbänden für ihre Zwecke gestattet sein soll, diejenigen Personen, welche zur Staatsklassensteuer fernerhin nicht veranlagt werden, zu einer jährlichen Steuer von 15 S. heranzuziehen, wurde auch in der zweiten Lesung angenommen. Die Scala wurde wie folgt festgestellt: 1. Stufe 140 bis 220 M. Einkommen 1 M. Normalbetrag der Klassensteuer; 2. Stufe 220 bis 300 M. Einkommen 2 M.; 3. Stufe 300 bis 350 M. Einkommen 4 M. In Bezug auf die übrigen Stufen soll die Subcommission vor der definitiven Beschlußfassung noch einmal in Verabstimmung treten.) — Bei der Cour im königlichen Schloß unterhielt sich der Kaiser lebhaft mit einigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses. Zu einer Gruppe derselben sagte er ungefähr: „Nun, die Herren haben jetzt viel zu thun. Ich hoffe aber, es wird auch etwas erreicht werden und diesmal auch an einer andern Stelle ohne Schuß.“

* In der Commission des Abgeordnetenhauses, welche das Gesetz über die Eisenbahn anleihe von 120 Millionen Thaler zu berathen hat, wurde gestern folgende Resolution vorgeschlagen: „Das Haus der Abgeordneten erachtet die Erweiterung des Staats-Eisenbahngesetzes auch in den bei der diesjährigen Eisenbahn-Vorlage nicht berücksichtigten Provinzen für eine im Interesse der gleichmäßigen Verkehrs-Entwicklung und Leistungsfähigkeit sämtlicher Landestheile, sowie der Landes- und Küsten-Vertheidigung gebotene unverzügliche Aufgabe der königlichen Staats-Regierung und fordert dieselbe auf, damit weiter vorzugehen, sobald Staatsmittel dazu verfügbar werden, spätestens aber mit Beginn der nächsten Landtagssession zu diesem Zwecke dem Hause der Abgeordneten eine Gesetzesvorlage über die Anlage eines allgemeinen öffentlichen Staats-Eisenbahngesetzes zu machen.“ Die Annahme dieser Resolution steht außer Zweifel.

— In Regierungskreisen ist, wie das „D. W. B.“ hört, einige Zeit hindurch die Absicht vorhanden gewesen, das literarische Bureau von dem Ressort des Ministeriums des Innern loszutrennen und an das Staatsministerium, zu welchem dasselbe früher gehörte, übergehen zu lassen. Diese Absicht ist jetzt aufgegeben worden und die Ressortverhältnisse bleiben unverändert.

— Herr v. Mähler hat seine literarische Thätigkeit wieder aufgenommen. Dem „D. W. B.“ zufolge stammen nämlich die scharfen Artikel, welche die „Neue Preussische Zeitung“ kürzlich in den kirchlichen Fragen gebracht hat, aus der Feder des früheren Engharders.

— In Widerspruch mit der „Germania“ läßt sich der „Westf. Mer.“ von hier schreiben, daß die Vorstellung der preussischen Bischöfe betreffs der kirchlichen Gesetzesvorlagen bereits an den Kaiser gelangt ist. Der Wortlaut wird vorerst wohl noch unbekannt bleiben, die Sprache aber soll so offen und entschieden sein, wie es die Lage der Bischöfe Angesichts der bedrohten kirchlichen Rechte erfordert. — Nicht weniger als 200 Kreisrichterstellen sollen, wie die „Ger. Z.“ aus dem Justizministerium erfährt, im preussischen Staate gegenwärtig unbesetzt sein. Vergrößert wird dieser an sich schon fühlbare Ueberschuß noch dadurch, daß jetzt bei vielen Gerichten und Deputationen die Arbeitslast resp. das zu erledigende Material derartig angewachsen ist, daß sogar noch eine Vermehrung der Richterstellen unbedingt eintreten müßte.

— Die königliche Entscheidung in Bezug auf die Leitung der Charité ist jetzt erfolgt, und zwar dahin, daß der oberste Arzt dem obersten Verwaltungsbeamten coordinirt sein wird, eine Ansicht, welche von dem Cultusministerium vertreten worden ist. Der Rücktritt des Geh.-Rath Esje von der Leitung der Anstalt wird jetzt als sicher angesehen.

— Die japanesische Regierung beabsichtigt, ein Unterrichts-Ministerium zu begründen und hat sich, um eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen, nach Berlin gewendet, wo nach einander mit zwei

mordeten erkennen wollten, seien durchaus im Jertume. Dennoch habe die Polizei nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie auf Grund derselben Dr. Hessel verhaftet habe. Aber selbst wenn jene Aussagen glaubwürdig und frei von Widersprüchen gewesen wären, würden die Aussagen der Entlassungszeugen die Anklage ganz zu Nichts gemacht haben. Es sei daher seine sehr angenehme Pflicht, Dr. Hessel in Freiheit zu setzen, was er mit der Erklärung thue, daß derselbe frei von jedem Verdachte den Gerichtshof verlasse. Auf diese Ankündigung erfolgten so lebhafteste Beifallsbezeugungen, wie sie in dem Gerichtssaal der Bow-Street noch nie gehört sind. Vor dem Gebäude hatte sich eine große Menschenmenge gesammelt, welche Herrn Hessel mit Jubelrufen empfing und Spalier bildete, als er auf die Straße hinausritt.

Es ist nicht zu verkennen, daß Publikum und Presse mittheilern, um den unzulässig in so schweren Verdacht und so peinliche Gefangenschaft gerathenen deutschen Geiseln durch ihre Zeichen der Sympathie einiger Mäßen zu entschädigen. Die „Times“ ist sehr unzufrieden mit der Polizei, welche ein ziemlich unbedachtetes Verfahren eingeschlagen habe; Daily News läßt über die schlechte Behandlung, welche die Polizei Angeklagten zu Theil werden lasse, gegen welche nur ein Verdict vorliege, der eben so gut zerstreut wie bestätigt werden könne, und sagt zum Schluß: „Dr. Hessel und seine Gattin werden unser Land mit der Sympathie und Achtung eines Publikums verlassen, vor welchem und für welches sie eine sehr bittere Prüfung ruhig ertragen haben, und welches Herrn Hessel sein Bedauern ausdrückt, daß er das Opfer eines leidigen Jertums gewesen ist.“ Diese Beweise der Sympathie haben, wie ein Telegramm mitgetheilt hat, noch lebendigere Gestalt angenommen, indem in den heute in London erscheinenden Zeitungen Aufschriften veröffentlicht und von den Blättern selbst aufs wärmste bekräftigt werden, daß eine Subscription zur Entschädigung des Pastors Dr. Hessel und zur möglichen Ausgleichung der ihm widerfahrenen Unbill ins Werk gesetzt werden möge.

bekannten und sehr angesehenen Schulmännern Unterhandlungen geführt worden sind. Bis jetzt hat aber über die nach Beendigung der Mission zu beanpruchende Entschädigungssumme noch keine Einigung erzielt werden können.

Leipzig, 1. Februar. Die Buchdruckergesellschaften, welche gelübt hatten, stellen mit dem heutigen Tage die Arbeit ein. Die vereinigten Buchdruckereibesitzer haben Gemäßheit ihres am 28. v. M. gefaßten Beschlusses ebenso heute allen Buchdrucker-Gehilfen gelübt, welche noch Verbandsmitglieder sind.

Strasburg, 1. Februar. Das Gesuch des hiesigen Gemeinderaths, den französischen Sprachunterricht in den Elementarschulen in einem erweiterten Umfange zuzulassen, ist vom Reichskanzler, wie die heutige „Strasburger Zeitung“ aus sicherer Quelle erfährt, abschlägig beschieden worden.

Oesterreich.

Wien, 1. Febr. Die hier erscheinende „Gazette des Etrangers“ bringt ein Telegramm aus Constantinopel vom gestrigen Tage, nach welchem am Hofe des Sultans die Reise desselben zur Wiener Weltausstellung ernstlich erwogen wird. Im Fall der Reise beabsichtigt der Sultan für die Zeit seiner Abwesenheit von Constantinopel seinen ältesten Sohn Jusuf Bey zum Regenten einzusetzen und würde diese Combination als ein Vorläufer zu der demnächst erfolgenden Proclamation dieses Prinzen zum Thronerben angesehen.

— Die „Weltausstellungs-Correspondenz“ macht die Mittheilung, daß heute Nachmittag in Gegenwart des Generaldirectors, des Vorstandes und der Mitglieder des Ingenieur-Bureau's die Auflage des Daches der Rotunde aufgeschlagen worden sei, daß der ganze Rohbau nunmehr vollständig auf seinen Beton-Fundamenten ruhe und bis auf einige unwesentliche Ergänzungsarbeiten glücklich vollendet sei.

Pest, 31. Jan. Im Unterhause wurde ein Antrag der äußersten Linken auf Ablehnung des Budgets verworfen und der Bericht des Finanzausschusses mit 318 gegen 32 Stimmen als Grundlage der Specialdebatte angenommen.

Schweiz.

Bern, 1. Februar. Der Bundesrath hat bei der Bundesversammlung eine Abänderung des Gesetzes über die einzelnen Departements des Bundesrathes und namentlich die Aufhebung des Departements für Handel und Bölle beantragt. An Stelle des letzteren soll ein Departement für Handel und Eisenbahnen treten, während das Zollwesen dem Finanzdepartement zugewiesen werden soll.

England.

London, 31. Januar. Die neue amerikanische Anleihe soll gleichzeitig in Amerika, hier und an den Börsenplätzen des Continents zur Zeichnung aufgelegt werden. Auf dem Continente wird die Emission durch das Bankhaus Rothschild besorgt. Die Einzahlung erfolgt mittelst Baarzahlung oder mittelst sogenannter 10 Bonds; 10 Procent sind sofort bei der Anmeldung, der Rest am 1. Juni d. J. einzuzahlen.

— Der Dampfer „Murillo“, welcher das Auswanderungsschiff „Nordsee“ niedergebracht hat, ist als spanisches Schiff eingetragen und es ist deshalb noch zweifelhaft, ob eine Bestrafung desselben zu erzielen ist; man hofft jedoch den Nachweis führen zu können, daß die Eigenthümer Engländer sind, in welchem Falle sie von den englischen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

— 1. Februar. Die gegen die hiesigen Gasarbeiter erkannte Gefängnisstrafe von einem Jahre ist vom Minister des Innern, Bruce, auf vier Monate herabgesetzt.

— Mehrere Firmen in Birmingham haben zusammen eine Bestellung auf 2 Millionen Gewehre von einer auswärtigen Regierung, wie man hört, von der deutschen, erhalten. Die Construction dieser Gewehre wird verheimlicht.

Frankreich.

Paris, 31. Jan. Die National-Versammlung setzte heute ihre Verabstimmung über die Lieferungsverträge für die Vogel- und Armee fort. Der Bericht-erstatte v. Segur entwickelte die Ansichten der für diese Angelegenheit niedergesetzten Commission und empfahl die Beschlässe derselben zur Annahme. Der Deputirte Ferrouillat vertheidigte in längerer Ausführung die von den Pyrenäen-Stadtsbehörden getroffenen Maßnahmen.

— Der jetzt Thiers vorliegende Bericht des Generals Rivière über Bagaine ist ein riesiges Schriftstück, dessen erster Theil die Kriegsoperationen vom 12. August bis 1. September 1870 behandelt; der zweite geht bis Sedan unter steter Berücksichtigung von Mex. Die Generale, welche das Kriegsgeschäft über Bagaine bilden sollen, sind vom Kriegsminister vorgeschlagen und deren Namen dem Präsidenten der Republik überreicht worden. Ueber Zeit und Ort der Gerichtsverhandlungen lauten die Angaben noch widersprechend; es heißt, daß St. Cyr zum Orte ausersehen sei; die Zeit hängt von dem Eifer und der Arbeitskraft der Instanzen ab, die der Bericht Rivière's noch durchzumachen hat. — Die Zahl der Personen, welche in Paris als der Be-theiligung an der internationalen verächtlich verhaftet wurden, beträgt bis jetzt ungefähr 130. — Der „Rhin“ ist am Montag Abend nach Neu-Caledonien abgegangen. Derselbe hat 420 Galeerensträflinge an Bord, unter welchen sich einige politische Sträflinge, wie der bekannte Marine-Offizier Lullier, befinden. — Seit vorgestern haben wir in Frankreich starken Schneefall. An einigen Orten liegt der Schnee so hoch, daß die Circulation gehemmt ist.

— 1. Februar. Nationalversammlung. Nachdem verschiedene Redner und unter diesen der Herzog v. Audiffret-Pasquier gesprochen, wird die von dem Deputirten Paris beantragte Tagesordnung, welche dahin geht, daß die Nationalversammlung, indem sie das revolutionäre Vorgehen, welches zu Lyon angesichts des Feindes die rothe Fahne erhoben, tadelt, den Bericht der Commission bezüglich der Lieferungsverträge dem Finanz- und dem Justizminister zur weiteren Veranlassung überweist, mit 559 gegen 42 Stimmen angenommen, nachdem sie von dem linken Centrum und den Fractionen der Rechten gutgeheißen worden war.

Belgien.

Brüssel, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer machte der Finanzminister Malou die Mittheilung, daß die Staatsregierung die Rechte der Gesellschaft des „Grand-Luxembour“ und alle damit zusammenhängenden weiteren Eisenbahnconcessionen und zwar vom 1. Januar ab wieder erworben habe. Nach dem Verträge habe der Staat eine Rente von 22 Frs. per Actie zu gewähren, könne aber den Actionären eine Capital-

zahlung von 550 Frs. per Actie offeriren. Die fälligen halbjährigen Zinsen seien mit 10 Frs. per Actie zahlbar. (W. T.)

— 1. Febr. Die Deputirtenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Discussion über das Budget des Ministeriums des Innern fort. Der Deputirte Guillery forderte dabei die Regierung auf, die augenblicklich zu Gunsten der Garde civique im Lande herrschende Bewegung ernst zu nehmen. Der Bürgermeister Anspach von hier legte gegen die Behauptung des Deputirten Coomans, daß die Garde civique die Regimenter des Jahres 1871 beschimpft habe, Verwahrung ein. (W. T.)

Spanien.

Madrid, 1. Februar. Im Congresse legte der Conseilspräsident Borilla einen Gesetzentwurf vor, durch welchen ein Credit von 12 Millionen behufs Entwicklung des Telegraphennetzes eröffnet werden soll. Auf eine Anfrage Santa Maria's betreffend den Carlistenaufstand erwiderte der Minister, die Regierung entwickle in dieser Beziehung die möglichste Energie, die Banden Maestrazo's seien vernichtet, Sabella sei geschlagen; eine Bande von 1200 Carlisten sei vollständig zersprengt und habe 38 Tode verloren, unter denen sich 2 Pfarer befanden. Man dürfe behaupten, daß die Insurrection bald beendet sein werde. Die Eisenbahnverbindungen mit Frankreich würden in Kurzem wieder hergestellt sein. Dem Deputirten Lagunero gegenüber wies Borilla jede Verächtlichung der französischen Behörden, als begünstigten dieselben die carlistische Bewegung, entschieden zurück und fügte hinzu, Frankreich habe vielmehr durch Internirung der über die Grenze getretenen Carlisten seine freundschaftliche Gesinnung gegenüber Spanien bewiesen. (W. T.)

Portugal.

Lissabon, 31. Jan. In Folge eines unter den Maschinen- und Heizern der portugiesischen Eisenbahn ausgebrochenen Streikes ist die Verbesserung der Güterzüge eingestellt. Die Curirzüge cursiren noch und werden von den ausländischen Angestellten geführt. Die Regierung wird das Einschreiten der Gerichte gegen die Streikenden veranlassen. Die Eisenbahncompagnien wollen noch mehr ausländisches Personal zur Wiederaufnahme des Betriebes heranziehen. (W. T.)

Amerika.

New York, 31. Januar. Ueber die aufständischen Bewegungen unter den Roboc-Indianern im Oregongebiete wird hierher gemeldet, daß letztere zu Unterhandlungen mit den Behörden der Vereinigten Staaten geneigt sind. — In dem Betrugsprozeß gegen Tweed hat sich die Jury nicht einigen können und das Verfahren eingestellt. Ueber diesen Ausgang des Processes herrscht allgemeine Entrüstung. (W. T.)

— Ein Meeting der Sklavenbesitzer von Havana hat sich zu Gunsten der Aufhebung der Sklaverei unter der Bedingung erklärt, daß sie entschädigt werden oder daß das Vertrags-System abgeändert werde.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags.
Berlin, 3. Febr. Die Budgetcommission setzte, vorbehaltlich definitiver Beschlußfassung, 700,000 Thaler für Befoldungs-Zuschüsse für Elementarlehrer, insbesondere zur Gewährung von einwöchigen Gehaltszuteilungen dem Etat hinzu. Der Com-tusministeriums stimmte zu, indem er die Minima als durchaus unzureichend für höhere Dienstalter erklärte.

Danzig, den 3. Februar.

* Nach gestern hier eingegangenen Nachrichten aus Petersburg ist in der am 31. Januar stattgehabten Sitzung des großen Eisenbahn-Conseils der Bau der Mawa-Warschauer Eisenbahn genehmigt worden.

* Von den 68 Millionen Thalern aus den Kriegskosten, welche für die Umgestaltung der deutschen Festungen gefordert werden, sind für Danzig 773,000 Thlr. ausgesetzt, und zwar für: a) Anlage resp. Verstärkung der Erdbefestigungen vor Reduits, Pulvermagazinen etc., sowie Vermeerung der Munitions- und Schutzhohlräume 215,000 Thlr., b) Umbau und Verstärkung der Bischofsberg-Befestigung 432,000 Thlr., c) Umbau und Verstärkung der wichtigsten Werke auf dem Holm und bei Neufahrwasser, sowie Herstellung gedeckter Communicationen 126,000 Thlr., Summa 773,000 Thlr. Der Bischofsberg — heißt es in den Motiven der dem Bundesrathe gemachten Vorlage — bildet in Verbindung mit dem Hagelsberg den wahrscheinlichsten Angriffspunkt bei einer förmlichen Belagerung von Danzig; die Hagelsberg-Befestigung hat schon in den letzten Jahren einen verstärkten und vereinfachten Umbau erfahren: beim Bischofsberg bleibt derselbe noch auszuführen; er soll auf das Nothwendigste beschränkt werden, und wird sich vorzugsweise auf die Anlage von bombensicheren Unterunkersräumen, Munitionsmagazinen etc. erstrecken. Die Position von 126,000 Thalern betrifft die Vervollendung und Verstärkung eines Küstenwerkes bei Neufahrwasser, und die Vereinfachung und Verstärkung der vielen kleinen und engen, gegen die heutigen Waffen nicht haltbaren Werke, aus welchen gegenwärtig die Holmbefestigung von Danzig zusammengesetzt ist.

* Vom 1. Februar cr. ab ist im Magdeburg-Preussischen Eisenbahnverband ein neuer Tarif für directe Güterbeförderungen zwischen Magdeburg, Brandenburg, Emden, Hamburg, Hildesheim, Spandau, Stendal, Salzwedel, Lüneburg, Neustadt-Magdeburg, Buda, Okerleben, Halberstadt und Quedlinburg einerseits und den Stationen Königsberg, Braunsberg (für Pilsch), Elbing, Danzig, Thorn, Bromberg, Ratel (für Getreide, Mehl und Holz), Schulpfort, Ost, Bialostoke, Königsberg, Lüneburg, Plauen, Kroyante, Schneidemühl und Landsberg (für Holz), sowie Bosen andererseits, in Kraft getreten.

* Die Erleichterungen, welche sich aus den von der obersten Postbehörde mit einer Anzahl von deutschen Lebensversicherungs-Anstalten abgeschlossenen Verträgen für die Beamten der Reichs-Postverwaltung ergeben, haben eine erfreuliche Zunahme in der Befestigung der Postbeamten an der Lebensversicherung zur Folge gehabt. Nach den in Nr. 5 des Postamtsblattes veröffentlichten Uebersichten beläuft sich der Bestand der seit 1867 durch die Vermittelung der Postbeamten abgeschlossenen Lebensversicherungen von Postbeamten gegenwärtig auf 3526 Versicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von 2,439,290 Thln. und 59,900 Fl.

— Nach einer Allerh. Cabinetsordre vom 28. Januar 1873 soll den Decoffizieren der kaiserl. Ma-

3. Februar 1878. Sonn: **SSD.**
 Nichts in Sicht.
Thorn, 1. Februar. — Wasserstand: 2 Fuß 6 Zoll.
 Wind: O. — Wetter: trübes Frostwetter.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Baromet. Stand in Par. Linien.	Thermometrs im Freien.	Wind und Wetter.
1	12	339,67	— 8,4	SD., O., heft. Schneetreiben
2	8	339,92	— 3,3	SSD., nördl. woltig.
	12	339,90	— 3,7	do. do. hell, heiter

